

Resolution der Synode der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn

Geflüchtete fairer und gerechter behandeln

Die Synode der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn freut sich über die grosszügige Unterstützung, die zurzeit die ukrainischen Flüchtlinge erfahren. Die Schweiz und deren Bevölkerung, darunter zahlreiche Kirchengemeinden, zeigen mit ihrem grossen Einsatz, wie Menschen im Exil aufgenommen werden können. Angesichts der Solidarität und Flexibilität der Behörden stellt die Synode fest, dass das Asylverfahren in der Schweiz für **alle schutzsuchenden Personen** nachhaltig verbessert werden muss, unabhängig davon, ob sie aus der Ukraine oder einem anderen Staat kommen. Wir ersuchen die kantonalen und eidgenössischen Behörden und Parlamente, insbesondere die folgenden Aspekte zu verbessern:

- Die **Familienzusammenführung** unabhängig vom Status erleichtern. Das Recht auf ein sicheres Leben mit der eigenen Familie ist ein Grundrecht, das allen Menschen zusteht;
- Die **private Unterbringung** auch im sogenannten erweiterten Asylverfahren ermöglichen, wenn Angehörige oder Freunde darum bitten. Die private Unterbringung besonders für Familien von abgewiesenen Asylsuchenden erleichtern. Denn das Leben in einer Sammelunterkunft, insbesondere in einem Rückführungszentrum, ist nicht kindgerecht. Damit wird die Kinderrechtskonvention verletzt, wie die NKVF festgestellt hat.
- Die **Reisefreiheit** gewähren. Im Unterschied zu Flüchtlingen aus anderen Kriegs- und Krisengebieten können Ukrainerinnen und Ukrainer frei in die Schweiz ein- und ausreisen. Personen, die sich in einem ordentlichen Asylverfahren befinden, und vorläufig Aufgenommene können die Schweiz nicht oder nur unter restriktiven Bedingungen verlassen und wieder einreisen.
- Den **Abschluss von Ausbildungen** erleichtern, unabhängig davon, woher eine Person stammt und unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Auch abgewiesene Personen sollten die Möglichkeit haben, eine Ausbildung oder Berufslehre abzuschliessen, umso mehr, wenn sie in der Schweiz zur Schule gegangen sind.
- Die **Lage von abgewiesenen Flüchtlingen** überprüfen, die seit mehreren Jahren von Nothilfe leben und nachvollziehbare Angst haben, in ihr Land zurückzukehren. Die Hürden für den Erhalt einer Härtefallbewilligung sollen insgesamt, aber ganz besonders für Familien mit Kindern gesenkt werden.

Uns ist bewusst, dass diese Verbesserungen den Einsatz von zusätzlichem Personal und zusätzlichen Mitteln sowie teilweise Gesetzesänderungen erfordern, sowohl beim Bund als auch auf kantonaler Ebene.

Für uns Christinnen und Christen ist klar, dass die Grundrechte unterschiedslos allen Menschen zustehen.

Bern, Mai 2022

Zulauf Catalfamo, Sylviane, Bienne; Zaugg-Ott, Kurt, Bern